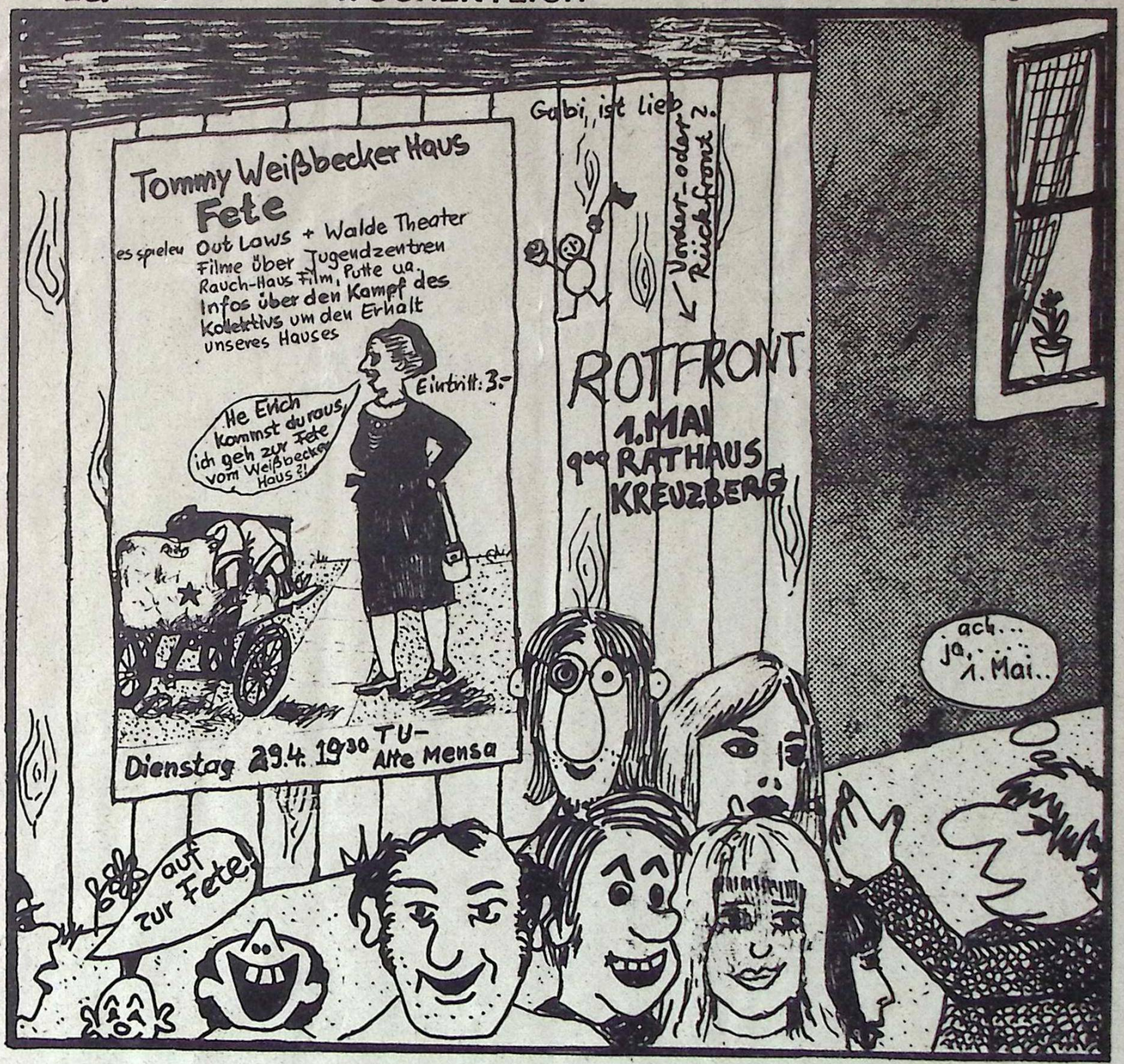
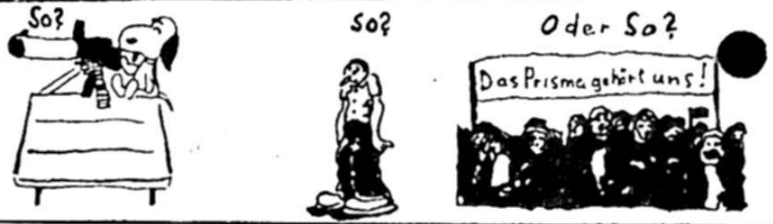
INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 55

28.4.75 WÖCHENTLICH 2. JHG. DM 0.50



SOFORTIGE WIEDERÖFFNUNG DES PRISMA ALS UNABHÄNGIGES SELBSTVERWALTETES JUGENDZENTRUM FÜR ALLE JUGENDLICHEN!



Rabau machte das Prisma zur Sau!

Seit Juli 1974 ist das Jugendzentrum Prisma am Kurt-Schumacherplatz vom Bezirksamt Reinickendorf wieder geschlossen. Für über 4o.ooo Jugendliche Reinickendorfs -viele Jugendliche aus dem Wedding,Charlottenburg und Spandau besuchten häufig das Prisma- gibt es damit noch eine der spärlichen Möglichkeiten weniger, wo sie sich treffen können.

Das Prisma war ein Jugendzentrum,das allen Jugendlichen offen stand. Wie in der PUTTE,im Schöneberger Jungarbeiter und Schüler Zentrum (SJSZ),im Rauchhaus und Weisbeckerhaus wollten sie unabhängig vom Bezirksamt und SPD-Senat selbst darüber entscheiden,was im Prisma gemacht wird. Dem Bezirksamt paßt es aber nicht, wenn es uns nicht mehr kontrollieren kann. Was diese Herren besonders nervös macht, erklärten Jugendstadtrat Rabau und MdA Hiersemann im letzten Wahlkampf: 'kommunistische Organisationen (gemeint war die LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS) hätten das Prisma einseitig beeinflußt! Einseitige Beeinflussung ging aber nur vom SPD-Bezirksamt aus. Bis heute ist das Prisma noch nicht wieder offen,weil die SPD außer einer kleinen Pfadfindergruppe und ihren JuSo's noch niemanden gefunden hat, der das Prisma nur für geschlossene Gruppen wieder öffnen will. Im Fuchsbau in der Thurgauerstr. haben sie es schon geschafft. Nachdem das Bezirksamt im Sommer 1974 alle Sozialarbeiter hinausgesäubert hat, die sich für die Jugendlichen einsetzten, steht der Fuchsbau heute praktisch nur noch geschlossenen Jugendgruppen unter Aufsicht reaktionärer Jugendfürsorger offen.

Beim Prisma sind sie schon auf die Idee gekommen,die Räume für einen Altenclub zu verwenden. D.h., sie wollen nicht nur Jugendliche gegeneinander ausspielen, sondern auch die Alten gegen die Jugendlichen.

Auf der Arbeit, in der Schule wirste angeschissen und sagste was dagegen, dann wirste rausgeschmissen!

Tag für Tag erleben Lehrlinge und Jungarbeiter,daß sie sich in den Betrieben für einen Hungerlohn abrackern müssen.Auch in der Schule herrscht Leistungszwang und Konkurrenz. Dem Bedürfnis nach Entspannung und Zusammensein mit Freunden können sie in ihrem beengten Zuhause nicht sinnvoll und ungestört nachkommen.Hier treten sich Eltern und Kinder abends und am Wochenende auf den Nerven herum.

Teure Kneipen,Kinos und Diskotheken ziehen den Jugendlichen das hart erarbeitete Geld aus der Tasche. In den wenigen Senats-Jugendzentren geht das Programm in der Regel völlig an den Interessen der Jugendlichen vorbei.Sie haben keinerlei Einfluß darauf,was im Jugendheim geschieht. Sozialarbeiter sorgen für ständige Kontrolle und Bevormundung der Jugendlichen.

Die Kapitalisten verweigern der Arbeiterjugend jede sinnvolle Ausbildung.Sie rationalisieren die Lehrstellen weg,so daß mittlerweile über 5o% der Hauptschulabgänger keine Stelle mehr finden und tausende von Jugendlichen Arbeitslos sind. Die Kapitalistenklasse versucht,die Jugendarbeitslosigkeit für die Aufrüstung der Polizei zu nutzen. Statt einer vernünftigen Ausbildung bietet sie als geldgespickten Köder die Polizeilaufbahn,um Jugendliche gegen die eigenen Klassenbrüder einzusetzen, wie z.B bei den Polizeiüberfällen auf selbstverwaltete Jugendzentren.

Wir fordern selbstverwaltete,unabhängige Jugendzentren für alle Jugendlichen, in denen wir unsere Freizeit selbst organisieren können,in denen wir eine Alternative zu den stumpfsinnigen,verdummenden Freizeitangeboten der Senats-Jugendheime haben, aber auch in denen wir uns gegen die Mißstände in Betrieb,Schule und Wohngebiet zusammenschließen und gegen Jugendarbeitslosigkeit und schlechte medizinische Versorgung kämpfen wollen.

Für die Jugend tun sie nix, mit den Bullen sind sie fix!

Überall da, wo sich die Jugendlichen in selbstverwalteten Jugendzentren zusammenschließen, um den Kampf gegen ihre beschissene Situation aufzunehmen, geht der Staatsapparat äußerst brutal vor. Unter dem Vorwand, die Entführer des Herrn Peter Lorenz aufspüren zu wollen, überfielen am 5. März um 2 Uhr früh schwer bewaffnete, mit MP's und Stahlhelmen ausgerüstete Polizeieinheiten das SJSZ, das Weisbeckerhaus und das Rauchhaus am Mariannenplatz, dessen Bewohner sich Tage zuvor aktiv am Kampf für die Einrichtung einer Kinderpoliklinik im ehemaligen Bethanienkomplex beteiligten. Nachdem die Jugendlichen mit vorgehaltenen MP's in Räumen zusammengedrängt wurden, begannen die Polizeikräfte systematisch die Einrichtung der Häuser und die Fenster zu zerstören. Sie vermuteten wohl in Schubladen, Fernseher und Waschmaschinen terroristische Gewalttäter. Dann wurden Jugendliche rechtlos in Haft genommen und die Räume völlig verwüstet zurückgelassen.

Aus dem Abgeordnetenhaus kommt kein Jugendzentrum raus!

Damit wir das Prisma wieder für alle Jugendliche offen kri- und durchsetzen, daß es unabhängig vom Bezirksamt selbstverwaltet wird, müssen alle, die von der jugendfeindlichen Politik des SPD-Senats betroffen sind, sich zusammenschließen, vorallem die Jugendlichen, die in der Nähe des Prisma arbeiten und wohnen, aber ebenso ihre Eltern und auch die Alten, die das Bezirksamt versucht, gegen die Jugendlichen auszuspielen.

* *

Wie der Kampf gegen SPD-Senat und Bezirksamt erfolgreich ist, zeigt z.B. der Kampf um das Schöneberger Jungarbeiter und Schüler Zentrum (SJSZ):
Bis 1972 war das SJSZ ein Freizeitheim wie alle anderen: Tanzen, Tischtennisspielen, viel mehr konnte man nicht machen. Unzufriedene Jugendliche verhandelten daraufhin mit dem Bezirksamt um Selbstverwaltung, - ohne Erfolg. Im März 1972 besetzten 2oo Jugendliche das Freizeitheim. Erst dadurch wurde der Abschluß eines Nutzungsvertrags mit dem Bezirksamt erreicht. Die Räume wurden den Jugendlichen vom Bezirksamt zur Verfügung gestellt, Planung und Programm organisieren die Jugendlichen selbst, es gibt keinen Sozialarbeiter im SJSZ.
Das ließ das Bezirksamt aber nicht ruhig:
- jeder Pfennig mußte vom Bezirksamt für Veranstaltungen, etc. erbettelt werden,
- nach einem Brandanschlag verzögerte das Bezirksamt ein 3/4 Jahr lang den Wiederaufbau der Räume,
- nach der Fertigstellung kürzte das Bezirksamt 1973 die Finanzmittel für das SJSZ um über die Hälfte,
- ein weiterer Brandanschlag von Faschisten nahm das Bezirksamt zum Anlaß, voll nutzungsfähige Teile des SJSZ gegen den Widerstand von 3oo Jugendlichen, Kindern und Eltern niederzureißen.
- ermutigt durch den Abriß kündigte das Bezirksamt dem SJSZ den Nutzungsvertrag und reichte eine Räumungsklage ein.

Hier hatte das Bezirksamt sich aber verrechnet: eine breite Solidaritätsfront der Betroffenen und sie unterstützenden Bevölkerung erreichte, daß die Räumungsklage zurückgenommen werden mußte, daß am 3o.9.74 ein neuer Vertrag unterzeichnet wurde, der die wesentlichen Forderungen des SJSZ enthält und die Fortsetzung der Selbstverwaltung ermöglichte.

* *

Diese Kämpfe um unabhängige, selbstverwaltete Jugendzentren machen deutlich, daß wir unser Recht auf selbstverwaltete Jugendzentren nicht vom SPD-Senat erbetteln können. Wir setzen unser Recht auch in Reinickendorf nur durch, wenn wir uns organisieren und für unsere Interessen hartnäckig kämpfen.

Kommt zur Prisma-Initiative: jeden Donnerstag 18³⁰ Uhr in der Gaststätte „Am Paddenpfuhl" Bln. 26, Roedern Allee 45.

ERKLÄRUNG*

Die Schließung des PRISMA ist ein weiterer Beweis für die jugendfeindliche Politik des SPD-Senats. Jugendzentren, in denen die Jugendlichen über ihre Freizeitgestaltung selbst entscheiden und von denen der Kampf für ihre Interessen in Betrieb, Schule und Stadtteil organisiert wird, sind der SPD ein Dorn im Auge. Deshalb nimmt der SPD-Senat jede Gelegenheit wahr, mit brutalem Polizeiterror und blinder Zerstörungswut gegen schon selbstverwaltete Jugendzentren wie z.B. die PUTTE, das Rauchhaus, das Weisbeckerhaus oder das SJSZ vorzugehen. Fortschrittlichen und Kommunistischen Sozialarbeitern, Lehrern und Erziehern werden Berufsverbote erteilt und sie werden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.
Wir fordern: SOFORTIGE WIEDERERÖFFNUNG DES PRISMA ALS UNABHÄNGIGES SELBSTVERWALTETES JUGENDZENTRUM FÜR ALLE JUGENDLICHEN! FÜR EINE AUSREICHENDE ZAHL VON UNABHÄNGIGEN SELBSTVERWALTETEN JUGENDZENTREN! WEG MIT DEN GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSEN UND BERUFSVERBOTEN GEGEN FORTSCHRITTLICHE UND KOMMUNISTISCHE SOZIALARBEITER, ERZIEHER UND LEHRER! JUGENDLICHE BERWERBT AUCH NICHT BEI DER POLIZEI ! SCHLUSS MIT DEM POLIZEITERROR!

Name	Vorname	Anschrift	Beruf	Geburtsdat./Ort	Unterschrift

* auch als Resolution von Schüler-, Belegschaftsvers., Gewerkschaftsgruppen u. Vereinen zu senden an: M. Pawlitzky, 1-52 Schillingstr. 8

M. Pawlitzky, 1-52, Schillingstr. 8

Anmerkung zum Flugblatt

Vor einiger Zeit hat sich die Prisma- Gruppe für die Öffnung und die Selbstverwaltung des Prismas auf Initiative der KpD gebildet. . Konkret sind es 2/3 KPD- Sympatisanten und der Rest Prismabesucher, die ein primäres Interesse in der Öffnung und Selbstverwaltung des Prismas haben. Man könnte jetzt annehmen, daß hier KPD-Politik verbraten wird, was teilweise u.a.z.B. in Bezug auf den 1. Mai richtig ist. (Dies zu ändern läge an uns!!?) Prinzipiell gesehen ist es begrüßenswert, daß es die Initiative überhaupt gibt. Für uns BESONDERS für die Gruppen, die im Jugendzentrumsbereich arbeiten, wäre zu klären, wie wir uns verhalten. Hinzugefügt sei gesagt, das ein Entwurf für eine Plattform existiert. Abgesehen vom teilweise auftretenden Parteichinesisch aberbesonders der KPD-Politik, müßte hier die Diskussion ansetzen, um eine Zusammenarbeit herzustellen!? ja – nein – doch...
Es ist wichtig, daß sich noch ein paar Spontis sich sehenlassen, die mitmachenmachenmachenmachen...

Kontakt: auf dem Mittwochsplenum od. s.o. Gaststätte

SO NICHT!

oder **HELMUT SCHMIDT ENTWICKELT STRATEGIE ZUM BEWAFFNETEN KAMPF!**

In der Regierungserklärung zu der Aktion in Stockholm führte Bundeskanzler Schmidt u.a. aus:
"Allen im Bundeskanzleramt Versammelten, welche der Bundesregierung ihren Rat gaben, allen Versammelten war vom ersten Augenblick an klar,daß ein Vergleich mit der Entführung des Herrn Abgeordneten Lorenz nicht möglich war.Es mag sein,meine Damen und Herren,daß einige unserer Bürger heute sich fragen werden,ob denn das Leben eines Berufspolitikers den Verantwortlichen mehr wert gewesen sei, da sie doch im Falle Lorenz den Terroristen nachgegeben hätten,während die Verantwortlichen in diesem Falle,in dem es sich durchweg nicht um bekannte Personen des öffentlichen handelte,mehr Härte gezeigt hätten.Vielleicht sind es in Wahrheit nicht viele,die in gerechter Empörung über das Verbrechen zunächst so empfanden.
Diesen,wie ich annehme,nicht vielen Bürgern, will ich an dieser Stelle sagen,im Falle der Lorenz-Entführung hatten wir es mit Verbrechern zu tun,die aus der Dunkelheit der Anonymität handelten.Wir konnten nicht wissen, wo die Geisel Lorenz sich befand.Infolgedessen wäre das Leben von Herrn Lorenz in keinem Falle zu retten gewesen,wenn wir auf die Bedingungen seiner Entführer nicht eingegangen wären.In Stockholm dagegen wußten wir,wo die Täter waren,nämlich in dem Gebäude der Deutschen Botschaft,und es gab eine Chance,durch Verhandlungen oder durch polizeiliche Mittel die Geiseln zu retten und die Terroristen zu überwältigen.Darüber hinaus hatten die Stockholmer Terroristen Herrn von Mirbach schon ermordet,als sie ihre sogenannten Forderungen bekanntgaben.
Zu den weiteren Unterschieden,welche die beiden Fälle unvergleichbar machen,gehört die Tatsache,daß der Ort des Verbrechens in Schweden lag und daß die Verantwortlichkeiten infolgedessen zwischen zwei Staaten und ihren Regierungen geteilt waren."

Dies bedeutet positiv formuliert: jede weitere Aktion,deren Ziel die Befreiung der RAF-Genossen ist,hat folgende Bedingungen zu erfüllen,wenn sie Erfolg haben soll:
1. Sie muß in der BRD oder in W-Berlin laufen
2. Sie muß eine Entführung nach dem "Lorenz-Muster" sein,d.h. der- oder diejenigen, die man entführt,müssen an einen unbekannten Ort gebracht werden
3. Die Unversehrtheit der Entführten muß gewährleistet sein
4. Vorsichthalber sollte man ein hohes Tier für eine solche Aktion auswählen

VERHAFTUNG

Verhaftung eines Anarcho-Syndikalisten

Wie schon im letzten Info kurz berichtet, ist kürzlich der Gen. Ralf Stein verhaftet worden. Ralf ist Redakteur der anarchistischen Zeitung Befreiung, sein Name erscheint im Impressum. Außerdem ist er aktives Mitglied der IG-Metall. Wegen seiner Mitwirkung beim Ford-Streik ist er damals entlassen und der Polizei bekanntgeworden.
Begründet wurde seine Verhaftung damit, daß er ein Waffenlager am Rhein angelegt hätte. Diese Behauptung stützte sich einzig und allein auf die Aussage von Jürgen Bordeux, der schon im Mordfall Schmücker eine dubiose Rolle gespielt hat. Merkwürdiger Weise fand die Polizei an der bezeichneten Stelle tatsächlich Waffen. Es ist ganz klar, daß dem Ralf hier ein Ding angebraten werden soll, weil er Anarchist ist. In der Befreiung hatte er sich ausdrücklich von den Aktionen der RAF und des 2. Juni distanziert, weil er als Anarchist für Massen - bzw. Basisbezogene Aktionen eintritt. Offensichtlich soll auch die ganze Zeitung getroffen werden (Verhaftung wegen § 129 - kriminelle Ver.).
Wir rufen alle Genossen und Organisationen auf, sich für die Freilassung von Ralf Stein einzusetzen.
Wir treffen uns diesen Mittwoch 19 Uhr im SZ und beraten, was wir für Ralf tun können. Organisationen, schickt Delegierte!
Befreiung von Ralf Stein !

GELD

SOZIALAMT KREUZBERG

ES GEHT UM UNSER GELD! BUNDESSOZIALHILFE
Es gibt viele, die beim Sozialamt Kreuzberg Anträge auf Bundessozialhilfe, Kleidergeld, Buttermarken, Heizungskosten gestellt haben und ewig lange auf ihr Geld warten. Inzwischen dauert die Bearbeitungszeit schon 1 Jahr, das sagen die Antragsbearbeiter v. Sozialamt Kreuzberg. Nach tel. Auskunft in den letzten Tagen, sind sie erst bei den Anträgen v. Febr.74. Ich habe einen Antrag im Okt.74 gestellt, das ist länger als 1/2 Jahr. Ich brauche mein Geld jetzt. Ihr braucht es bestimmt auch jetzt. Ich will nicht länger warten, ich will auch nicht, alleine "Dampf" auf dem Sozialamt machen, denn dann müssen trotzdem die anderen warten. Also, wer von Euch wartet schon lange auf sein Geld? Wir können uns zusammensetzen und überlegen, ob wir durch eine Untätigkeitsklage o. andere Aktionen zusammen unser Geld bekommen. Das Sozialamt muß nach 3 Monaten die Anträge bearbeitet haben, sonst kann man rechtl. beim Sozialgericht dagegen Klagen. Meldet Euch erst mal tel. bei: 614 30 02 - Gudrun(nicht 17.00-22.00 Uhr) Wir können dann einen Termin noch in dieser Woche ausmachen.

kollektiv repariert: fernseher, radios etc.
verkauf sämtl. alt-u. neugeräte
antennenbau, autoradios
ton bild service center – telefon 391 28 72
1 berlin 21, alt-moabit 83

PORTUGAL: ALLE MACHT DEN RÄTEN

In Portugal sind die Wahlen zur Nationalversammlung vorüber. Die Sozialdemokraten verschiedener Schattierungen haben die Mehrheit davongetragen. Man kann erwarten oder hoffen, daß dies möglichst folgenlos bleiben wird. Immerhin hatte ja die MFA (Bewegung der Streitkräfte) schon vor den Wahlen erklärt, daß diese keine größere Bedeutung als die einer Meinungsumfrage haben würden. Die MFA will in den nächsten 3-5 Jahren die politische Entwicklung allein bestimmen, weil sie mit den Parteien bisher nicht die allerbesten Erfahrungen gemacht hat. Sie ließ sich daher vor den Wahlen von allen Parteien eine Plattform bestätigen, derzufolge die politische Macht der MFA auch nach dem Urnengang unangefochten bestehen bleibt.
Gerade in Portugal wurde seit dem Sturz des faschistischen Systems vor einem Jahr die ganze Absurdität des Parteiensystems offenbar. Statt die ganze Kraft und Phantasie in den Aufbau des Landes, in die Umwandlung der traditionellen Strukturen zu stecken, machten sich die Parteien natürlich vorrangig Gedanken über ihre eigene Entwicklung und Profilierung. Sie können als Parteien natürlich nicht umhin, jede Aktion , jede Beteiligung an Aktivitäten an der Parteielle zu messen, ob es für die Partei von Nutzen ist. Erfreulicherweise hat die MFA diese narzißtischen Spielchen schon früh durchschaut und geäußert, daß die Parteien in den letzten Jahren offensichtlich nichts dazu gelernt hätten. Das liegt aber offensichtlich nicht am guten oder bösen Willen einer Partei,sondern an ihrer Struktur, daran, daß sie eben eine Partei ist.
Die MFA hingegen hat mehr Vertrauen in die verschiedensten Basisaktivitäten gesetzt und Selbstorganisation unterstützt, wo sie nur sichtbar wurde. Das hat ihr , wie es kürzlich sogar in einem ZDF-Kommentar hieß, den Verdacht eingebracht, sie sympathisiere mit 'anarchistischen' Gruppen, die sich an gesellschaftlichen Bedürfnissen selbstorganisieren. Portugal steuere auf ein Räte-System zu. Es scheint jedenfalls festzustehen, daß die MFA Fabrik-, Land- und Hausbesetzungen nicht nur toleriert, sondern auch unterstützt und im nachhinein legalisiert. Oft sehr zum Ärger der portugiesischen kommunistischen Partei und der von ihr beherrschten Gewerkschaft.Erst recht die Parteien eines "sozialdemokratischen Sozialismus" (gleich parlamentarischem System) haben die radikalen Basisaktivitäten zu behindern versucht. Sie verhalten sich in der Hinsicht nicht viel anders als unsere einheimischen Sozialdemokraten, für die Hausbesetzer nun schon Mitglieder einer 'Kriminellen Vereinigung' sind, wenn sie sich nicht umstandslos aus einem besetzten Haus'entfernen'lassen.
Über den 'Wahlsieg' der portugiesischen Sozialdemokraten haben sich ihre Westeuropäischen Brüder und Schwestern wahrscheinlich zu früh gefreut, wenn sie glaubten, nun sei die 'kommunistische Gefahr'gebannt. Denn die Gefahr für den sozialdemokratischen Sumpf geht nicht von den Parteikommunisten Moskauer Prägung aus. Ihr volksdemokratisches Sozialismusverständnis läuft letztlich wieder nur auf einen Staatssozialismus hinaus, der allzu sicht zu denunzieren ist. Die wirkliche Gefahr für die Sozialdemokratie und ihren Pluralismusbrei geht von der MFA selbst aus, von ihrer Kritik an den Parteikommunisten, die von links kommt, die den Dogmatismus trifft. Die wirkliche Gefahr für die Sozialdemokratie geht von einem undogmatischen Rätekommunismus aus, der sich in Portugal an der Basis zu entwickeln scheint und der von der MFA unterstützt wird. Nichts wäre unerwünschter für die Sozialdemokraten wie Parteikommunisten aller Länder, wenn in Portugal ein Rätesystem entsteht und sich endlich historisch beweisen läßt, daß die Herrschaft des Volkes tatsächlich als Herrschaft des Volkes zu verwirklichen ist - unverfälscht und ungebrochen durch Parteien und Parlamente. Die MFA scheint auch scharfsichtig genug zu sein, um zu erkennen, daß die Stalinisten(diverse ML-Parteien mit Mao-Look) selbst wenn sie - wie kürzlich - Arbeiterkongresse veranstalten und sich als Anhänger eines Rätesystem bezeichnen, solange nur Selbstorganisation dulden , wie sie selbst nicht die politische Macht haben. Dennoch ist die Radikalität dieser Gruppierungen für den revolutionären Prozeß wichtig, ohne daß sie allerdings jemals ihren fatalen parteidogmatischen Führungsanspruch werden durchsetzen können .'Da sei die MFA vor !'

A L L E M A C H T D E N R Ä T E N !!

RÄTE AG

VORLETZTE MELDUNG:

Verschärfung der Widersprüche innerhalb der Polizei !!!!

Polizisten spielten mit Pistolen

Einer durch Halsschuß schwer verletzt — Waffe war durchgeladen

Beim Spielen mit einer Pistole hat ein Polizist in der Nacht zum Montag einen Kollegen schwer verletzt. Aus der Waffe löste sich ein Schuß, der das Opfer in den Hals traf. Aus Spaß hatten zwei Bereitschaftspolizisten in der Unterkunft an der Moabiter Kruppstraße mit [illegible] Pistolen [illegible]

LETZTE MELDUNG:

Verschärfung der Widersprüche jetzt auch innerhalb der CDU !!!!

Paderborn (dpa). Mit seinem Dienstwagen geriet in der Nacht zum Dienstag zwischen Salzkotten und Paderborn der 65jährige Bürgermeister von Altenbeken, Heinrich Nenne (CDU) auf die linke Fahrbahnseite und stieß dort mit dem entgegenkommenden Fahrzeug des gleichaltrigen CDU-Bundestagsabgeordneten Gerl Ritgen aus Wormeln (Kreis Hoxter) zusammen. Der Amtsdirektor von Altenbeken, Friedrich Paul Driller, der im Wagen des lebensgefährlich verletzten Bürgermeisters gesessen hatte, kam bei dem Frontalzusammenstoß ums Leben. Der Abgeordnete Ritgen und sein Kolle[illegible]

NEUES STRAHLENSCHUTZGESETZ

Der KKW-Industrie und ihren Beführwortern sind die im Strahlenschutzgesetz festgelegten Grenzwerte der Strahlenbelastung schon seit einiger Zeit zu niedrig. Sie fordern die Möglichkeit eines "flexiblen Betriebs", der es erlaubt kleinere Störfälle einfach nicht zu reparieren, um die teuren Ausfallzeiten der KKWs möglichst gering zu halten. So schreibt Prof. Aurand, Gutachter für Breisach und Wyhl:"Für einen flexiblen Betribsablauf wäre es wünschenswert, daß die Betriebsgenehmigung kurzzeitig eine höhere Abgabe (von Radioaktivität, d.Red.) zuläßt".(E.Gaul,Atomenergie ... rororo 1773, S.74)
Dem will die Bundesregierung im vorliegenden Entwurf für eine Neufassung des entsprechenden Gesetzes entgegen kommen.

Aus einem Informationsblatt des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz:
" Das Bundesinnenministerium plant eine neue Strahlenschutzverordnung, die, falls sie verabschiedet werden sollte, die radioaktive Verseuchung der BRD durch Kernkraftwerke legalisieren würde. Nach dem vorgelegten Entwurf sollen:
- die Grenzwerte für die gesetzlich zulässige Konzentration radioaktiver Stoffe in Luft und Wasser stark angehoben werden! Teilweise sollen die Werte in der Zukunft über hundert- bis zehntausenfach höher sein als bisher!
- Die Auslegungs-Strahlenbelastung für Menschen in der Umgebung von Kernkraftwerken (wichtig für die Auslegung von Störfällen) soll 5000 mrem als Ganzkörperbelastung, 60 000 mrem für Hände, Unterarme, Füße und Knöchel, 30 000 mrem für die Haut und 15 000 mrem für die Schilddrüse und andere Organe betragen.
- Das Abkippen schwach radioaktiven Atommülls auf normalen Müllkippen, was bisher schon zu Atommüll - Skandalen führte, soll erlaubt werden!
Um die 100 geplanten großen Kernkraftwerke in der BRD gegen den Willen der Bevölkerung durchpeitschen zu können, sollen mit dieser Neuen Strahlenschutzverordnung die gesetzlichen Grundlagen, die bisher die Abgabe großer Mengen radioaktiver Stoffe an die Umwelt verhinderten, gelokkert oder ganz aufgehoben werden.
Schon bei den jetzigen Grenzwerten traten in der Umgebung von Kernkraftwerken, die längere Zeit in Betrib waren,(Latenzzeit) eine höhere Sterblichkeit an Leukämie (400%), an Strahlenkrebs (180%) und eine erhöhte Zahl von Mißbildungen bei Säuglingen (230%) auf (s."Naturwissenschaftliche Rundschau" Nr. 4 und 10/74 und "New Scientist" 9/73).

Die oberste für Umwelt- und Strahlenschutz zuständige Instanz in der BRD, das Bundesinnenministerium, ist nach dem jetzt vorliegenden Entwurf für die Neuordnung der Strahlenschutzverordnung bereit, statistisch verteilten Tod in Kauf zu nehmen, um den weiteren Ausbau der Kernenergie zu forcieren. Damit hat das Bundesinnenministerium in seiner Eigenschaft als oberste für den Strahlenschutz verantwortliche Behörde versagt und sich selbst zum ausführenden Organ einer Kernindustrie-Lobby gemacht.

Gegenüberstellung der bisherigen und der zukünftig geplanten Grenzwerte:
Einige Auszüge

Strontium 90:
Alter Grenzwert — Luft: $1x10^{-11}$ Ci/m^3
Wasser: $1x10^{-7}$ "
Neuer Grenzwert — Luft: $3,3x10^{-11}$ "
Wasser: $3,5x10^{-4}$ "
Faktor der Erhöhung — Luft: 3,3
Wasser: 3500

Jod 129:
Faktor der Erhöhung — Luft: 16
Wasser: 10 000

Jod 131:
Faktor der Erhöhung — Luft: 10
Wasser: 640

Plutonium 241:
Faktor der Erhöhung — Luft: 90
Wasser: 60

... Wenn nicht massive Proteste der Bevölkerung erfolgen , dann soll dieser jetzt vorliegende 2. Entwurf innerhalb der nächsten Monate durch den Bundesrat verabschiedet werden . Bei der jetzigen Zusammensetzung des Bundesrates ist anzunehmen, daß dieser Entwurf verabschiedet wird.
... Der Entwurf vom 24. März 1975 für eine neue Strahlenschutzverordnung muß zurückgezogen werden! Die neue Strahlenschutzverordnung darf nicht verschlechtert, sie muß verbessert werden."
Das Informationsblatt ist über die AGU-Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität, 69 Heidelberg, Hofmeisterweg 4 zu beziehen. (4 Pfennig/Stück plus Porto)

Lest und abonniert die

heim-u. erzieher Zeitschrift

Im Gegensatz zur üblichen "Fachpresse" berichtet die 'hez' über die Berufswirklichkeit. Probleme im Heim, i. d. Kindertagesstätte und im Jugendfreizeitbereich werden nicht isoliert betrachtet, die Probleme der Kollegen, Kinder und Jugendlichen nicht als zufällige. Die 'hez' nimmt dabei kein Blatt vor den Mund und kriecht niemanden irgendwo 'rein. Sie macht keine Gewinne und zahlt keine Honorare. Den Inhalt gestalten die Leser in dem Maße, wie sie sich durch ihre Korrespondenzen daran beteiligen. Die 'hez' erscheint monatlich und kostet pro Halbjahresabo (Mindestdauer!) 12.-DM einschl. Porto. Probeexemplare gegen Vorauseinsendung von 2.-DM in Briefmarken. Auszubildende zahlen gegen Zusendung einer Bescheinigung der Ausbildungsstätte pro Halbjahr nur 9.-DM. Bestellung durch Postkarte an die Heim- und Erzieher-Zeitschrift, 1 Bln. 61, Urbanstr. 126 (Laden) Alle Zahlungen nur Postschekkonto Bln.W 35 86 36 - 109 Detlev Tartsch.

Im Selbstverlag, Reihe Arbeitsmaterialien zur Heimerziehung, in 2. Auflage erschienen: "Eingeschlossen - Dokumentation Hauptpflegeheim Ollenhauerstr." Kollegen berichten aus diesem geschlossenen Mädchenheim, was Sache ist. Preis 5.-
Die 'Arbeitsmaterialien' u. d. 'hez' gehören an jede Ausbildungsstätte, wo Schüler u. Studeneten ein Interesse an der Berufswirklichkeit haben!!!!!!!!!!!!!!!!!!

AUS DER UNI

Am Dienstag (22.4.) fand am Otto-Suhr-Institut (OSI) Fachbereich für Politologie an der FU, eine Studenten-Vollversammlung statt. Dazu einige Ausführungen, besonders für Nicht-Studenten.

Seit Beginn dieses Semester hat sich der politische Druck auf die UNI vervielfacht. Waren bisher schon Berufsverbote, Diskriminierung von Linken, überfüllte Lehrveranstaltungen und Zulassungsbeschränkungen so ungewöhnlich nicht, sind sie nun zur Regel geworden. Gemäß einem Rundschreiben des Innensenators (Rundschreiben 112) vom Oktober 1974, werden alle Bewerber für den öffentlichen Dienst vom Hausmeister bis zum Professor auf ihre "Verfassungstreue" hin überprüft. Das Material dafür liefert der Verfassungsschutz. Besonders betroffen davon sind die linken Dozenten, die eine Assistentenstelle übernehmen wollen, bzw. ihren Lehrvertrag verlängert haben wollen. Aber auch studentische Hilfsmitarbeiter (Tutoren) sind betroffen (Besonders bei den Medizinern).

Seit Änderung der Hochschulgesetze voriges Jahr sind sämtliche Entscheidungsbefugnisse über Anstellungen an der FU vom Personalrat auf das Kuratorium verlagert worden. Der Witz dabei ist, daß in diesem Gremium die Senatsärsche (Schütz und Co) die Hälfte der Sitze belegen, die UNI faktisch keinen Einfluß mehr hat. In diesem Kuratorium wird das Material des Verfassungsschutzes gesichtet, ohne daß die Öffentlichkeit oder der Bewerber einen Einblick hätten.

Die Überprüfungen für dieses Semester dauern 1-3 Monate, in dieser Zeit bekommen die Bewerber kein Geld. Dadurch fallen zur Zeit vielerorts Lehrveranstaltungen aus, die eingeplant waren: bei den Romanisten 3 von 5 Erstsemesterveranstaltungen, ähnliches bei den Soziologen und am Klinikum Steglitz.

Bei den Germanisten wurde die Dozentin Mühlhansel nicht eingestellt, da sie sich für die KPD engagiert hatte. Trotzdem hat der Fachbereichsrat sie ihre Lehrveranstaltung durchführen lassen, da er "für die Überprüfung der Verfassungstreue von Frau Mühlhansel nicht zuständig" sei.

Die OSI-Dozentin Rotraut Brentzel, die gleichzeitig an einer Steglitzer Schule unterrichtet, darf dort keinen Unterricht mehr geben, da sie Mitglied der SAZ (Sozialistische Assistentenzelle) ist, einer ziemlich lahmen Gruppe am OSI. Außerdem soll sie bis 1969 die "Rote Pressekorrespondenz" abonniert haben.

In die selbe Richtung zielt das Grundsatzurteil (Begründung) des 2. Senats des Bundesverwaltungsgerichts (Berlin) vom 22. April, in dem festgelegt wird, daß, wer einer "extremistischen Partei" angehört, Zweifel an seiner Verfassungstreue auslöst. Aber bei Zweifeln sei eine Ablehnung notwendig (vgl. FR 23.4.75)

Die armen Schweine, die Lehrer werden wollen, selbst wenn sie nicht linksradikal sein sollten, haben kaum noch Chancen: der 2. Teil ihrer Ausbildung, das Referendariat an Schulen, ist ihnen nun vielfach verschlossen. Es kommt neuerdings zu Wartezeiten (ohne Arbeitslosenunterstützung) besonders bei den Leuten, die Deutsch, Geschichte, Sozialkunde (OSI) und Englisch studiert haben. Hier soll jetzt die Zensur des Staatsexamens den Ausschlag geben: Germanisten müssen eine 1 vorweisen, um angenommen zu werden (hatte dieses Semester keiner). Etwa 200 Bewerber sind jetzt zum Mai nicht angenommen worden.

Ein weiterer Dozent vom OSI, der bekennende Sozialdemokrat W.-D. Narr, hatte ebenfalls kein Glück: als er sich kürzlich an der UNI Hannover bewarb, erschien er aus Proporzgründen dort unannehmbar.

Die nächste Schweinerei kam nach den Wahlen: 94 Unterzeichner von Wahlaufrufen für KPD SEW KBW haben Disziplinarverfahren an den Hals bekommen. Am OSI sind davon betroffen: Kräger, Kernes und Katzenstein.

Noch nicht genug damit: 2 OSI-Dozenten, Jung und Jahn, sind bislang noch nicht genug politisch überprüft und ihre Lehrveranstaltungen mußten deshalb ausfallen.

Der Fachbereichsrat des OSI wollte sie nicht lehren lassen. Nebenbei wurde noch eine Assistentenstelle aus "finanziellen" Gründen gestrichen, so daß am OSI viele Seminare überfüllt sind und die Studenten sich oft bis in den Fluren drängeln.

Daraufhin wurde für Dienstag die VV einberufen. Den ADSen am OSI (Appendix der SEW) fiel dazu nichts besseres ein, als zu monieren, daß die VV zu kurzfristig sei und Erstsemester verschreckt werden könnten. Bis nächste Woche sollten die Studenten lieber "die Diskussion verfolgen".

Bei der VV waren ca 400 Studenten anwesend, die sich das ganze Gelaber brav anhörten bzw wieder nach Hause gingen. Es wurde beschlossen, daß die beiden Dozenten ihre Übungen durchführen sollten und daß man dies auch dem Fachbereichsrat klarmachen müsse.

Aus Solidarität sollen die Kurse kräftig besucht werden: 1) Jahn: Industrielle Revolution in Deutschland, Grundkurs, Freitags 9-11 Uhr Ihnestr. 21, Raum E. Und 2) Jung: Verfassungsgrundsätze des politischen Strafrechts.

Außerdem einigte sich die VV auf die Resolution des Personalrates Dahlem FU. Dort wird das Rundschreiben 112 als Ganzes abgelehnt. Der Personalrat verurteilt die Bespitzelungen und verlangt die Einstellung aller umstrittenen Bewerber. Der ganze Text der Resolution soll im nächsten FU-Info stehen.

Erfreulicherweise bildete sich außerdem eine Initiativgruppe gegen Berufsverbote am OSI, die man nicht den Orgs. überlassen sollte. Am nächsten Tag gingen ca. 30 Leute zum gerade tagenden Fachbereichsrat und forderten: Lehrauftrag für Jung und Jahn (muß leider unbezahlt bleiben), sowie ihre langfristige Einstellung, gegebenenfalls juristische Schritte. Außerdem Übernahme der Personalratserklärung. Der Fachbereichsrat stimmte dem zu.

Am Montag, 28.4., findet eine Institutsvollversammlung des OSI statt, zu der nofrenlich viele Genossen kommen werden und wo endlich mal radikale Schritte eingeleitet werden müssen. Resolutionen bringen mit der Zeit gar nichts mehr.

Als zunächst letzter Hammer ist letzten Mittwoch der fast totale Numerus Clausus für die FU beschlossen worden: von 24 Fachbereichen haben nur noch Kunst- und Altertumswissenschaften freien Zugang. Im nächsten Semester gibt es nur 3119 neue Studienplätze - natürlich nur für Leute mit duften Zeugnissen.

"Übrigens mal an alle! Es gibt TIP-EX !!!"

Zusammenfassend:Hatz auf Linke,Arbeitslosigkeit für Genossen,die das Studium beendet haben.Entlassungen der Linken im Staatsdienst (bzw Nichtverlängerung der Verträge).Unmöglichkeit des Studiums für Abiturienten,besonders wennsie Linke sind,da diese gewöhnlich schlechtere Zensuren kriegen.Enorme Verschärfung des Leistungsterrors an Unis und Schulen, weil viele noch glauben,sie könnten individuell durchkommen.Konkurrenz,Entfremdung, Angst vor linksradikalem Engagement und solchen Lehrinhalten.
Die Frage ist:wie verkraftet dieser Repressionsstaat (und Staaten sind immer repressiv) die vielen arbeitslosen Akademiker,Intellektuellen und Abiturienten,die es bald geben wird.Darauf müssen wir uns einstellen-auch oder gerade beim Studium.

SURPRISE-SURPRISE

AUFRUF

AUFRUF:

GRÜNDUNG VON STUKOs !an der TU bei den Erstsemester Maschinenbau.

Wir sind stud. aus verschiedenen semest. u. haben ebenfalls bei unserem Studienanfang erfahren wie schwierig es ist diesen Unibetrieb zu bewältigen.Wir hatten uns damals mit unterstützung von ältern Semestern zus.geschloßen um zus. zu studieren u. Mißstände versuchen zu verändern.
STUKO(Studienkollektiv) das heißt oder kann heißen:
-gemeinsames abstimmen des studienplanes (z.b. geht nur einer in die vorlesung u. schreibt für andere mit)
-ältere semester sollen ihre fachlichen u. polit. Erfahrungen den erstsemester vermitteln.
-gemeinsam diskutieren u. handeln bei Schwerigkeiten aus dem Studium,Wohn u.Berufssituation.
Dabei kann man folgendes erreichen:
-der Leistungszwang u. der konkurrenzzwang untereinander wird abgebaut,solidarisches handeln erprobt.
-erfahrungen werden gemeinsam u.nicht alleine gemacht,erfahrung der Stärke der Gruppe im gegensatz zur schwäche des alleinstehenden.
-Prozeß des Bewußtwerden in bezug auf das Studium:warum u.für wen wir studieren.

Im letzten semester schloßen sich ca. 2o Erstsem. in einem STUKO zus.: in Mechanik I bei Szabo,der schon immer einen sehr schlechten Lehrbetrieb hatte u. hohe durchfallquoten,brachte das STUKO flugblätter mit Forderungen nach verbesserung der lehre,heraus,die in der vorlesung diskutiert wurden.
- Die fachliche Zus.arbeit wurde organisiert
-Gegen Ende des semesters wurden einige AGs geplant. Themen waren u.a.:-Berufssituation des Ingenieurs/ -Naturwissenschaft(Mechanik) als bürgerliche Wissenschaft.
-Einige überlegen,zus. in eine WG zu ziehen.
-Im 2. Semester wollen fast alle als STUKO weitermachen.
Treffen:die. um 14 h EB 1o4.

SCHWARZMARKT - HH

SCHWARZMARKT -infozentrum - laden - in HAMBURG

Auch hier in hamburg gab es verschiedene gruppen u. einzelpersonen,die ideen u. praktische ansätze von dem,was man so gegenkultur gegenökonomie u.ähnlich nennt,hatten.
Seit einiger zeit haben wir uns dann zusammengefunden,um aus unserer isolierung herauszukommen u. haben begonnen,uns im kollektiv verschiedene werkstätten u. andere gemeinsame einrichtungen aufzubauen.Wir treffen uns alle regelmäßig wöchentlich u.besprechen dann im plenum unsre arbeit inhaltlich(warum machen wir das ganze)u. organisatorisch(was machen wir weiter).
Außerdem arbeiten wir mit der demnächst erscheinenden zeitung SENF zusammen,ein kommunikationsblatt,in dem jeder seine situation u. meinung darstellen kann.Da wird auch eine ausführliche selbstdarstellung von uns zu finden sein.(auch ihr seid aufgefordert,beiträge zu liefern!)
Ein weiterer schritt,um unsere u. eure isolation aufzuheben,ist unser laden SCHWARZMARKT Dort wollen wir zum einen selbst hergestellte sachen verkaufen(leder-,töpfer,näh-handwerk)sowie eine "leihbücherei" vorwiegend mit alternativliteratur,einrichten,zum anderen haben wir dart ein INFORMATIONSBÜRO eingerichtet,in dem einer von uns täglich von 12 - 21 uhr zu erreichen ist.
Wir wollen versuchen,wohnungen zu vermitteln u. informationen,wo man alle möglichen materialien billiger,vielleicht umsonst,bekommen kann,welche arbeitenden gruppen u. organisationen es hier gibt u. ähnliches. Wir brauchen dafür natürlich auch eure mithife,d.h. informationen von weiteren gruppen die ähnliches machen bzw.machen wollen u. kontaktadressen aus anderen städten usw..!
Also:kommt ihr nach hamburg,wißt ihr wohin
Eine ausführliche selbstdarstellung,wie erwähnt,später in SENF oder fordert sie uns an.Wir freuen uns über jedes interesse!

SCHWARZMARKT - infozentrum - laden-
2 HH 13 Bundesstr. 9 EB
t.: o4o/ 41o4228

Meine Eltern sagten: »Das war ein Versehen«. • Der Pfarrer sagte: »Das war der Herrgott«. • Der Lehrer sagte: »Das ist die Frage ...« • Und?*

DAS KINO, DAS FILMMEDIUM UND DIE JUGENDPOLITIK

20.45 Deutsche Erstaufführung
VIKTOR UND DIE ERZIEHUNG
oder (lt. Max Frisch)
WIE MAN AUS EINEM MITTELMASSIG SCHWIERIGEN KIND EINEN KRIMINELLEN HERSTELLEN KANN, oder WIE EINER NICHT SO WIRD WIE DIE, DIE ETWAS GEWORDEN SIND
J. Kovach, Dokumentarfilm '74

19.00/23.15
IM NAMEN DES VATERS
(Nel nome del padre)
Italien '72 O m U
MARCO BELLOCCHIOS UNGESTUMES PAMPHLET GEGEN KIRCHE, STAAT UND DIE SCHULE

17.45/22.00
6 Lektionen ungenügend
BETRAGEN UNGENÜGEND
(Zéro de conduite)
Frankreich '35 O m U
JEAN VIGOS - JAHRZENTELANG VERBOTENER - KLASSIKER UBER EINE INTERNATSREVOLTE

16.30 5. Monat! Wiederaufnahme
* Und? Die Leute vom Rauchhaus:
ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN
SELBSTDARSTELLUNG DES RAUCHHAUS-KOLLEKTIVS
»Jugendarbeitslosigkeit können sie nicht verhindern - Jugendzentren können sie zerstören - unseren Kampf können sie nicht aufhalten«

4 FILME IM TAGESPROGRAMM · ZUSATZVERANSTALTUNGEN MIT DISKUSSION AN DEN WOCHENENDEN (BITTE TEL. ERFRAGEN) · SAMMELKARTEN/GRUPPENERMÄSSIGUNG
SA./SO. 15.00 SV JEAN VIGO »L'ATALANTE«, Frankreich 1935 (DF) mit Michel Simon
BALI-KINO in Zehlendorf · Direkt am S-Bahnhof, Berlin 37 Teltower Damm 33, Busse A 1 A 43 A 80 A 16, A 48, A 93 A 60
TEL. 811 46 78

"GSWS"-ZEITUNG

Was ist GEMEINSAM SIND WIR STARK ?

Welche Leute machen die Zeitung und was wollen sie damit erreichen? Das sind Fragen, die Ihr Euch stellen werdet, wenn Ihr dieses Exemplar in der Hand haltet.
Wir sind Arbeiter und Angestellte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, die sich zusammengeschlossen haben, um gemeinsam für die Interessen aller Reichsbahner einzutreten . Man versucht uns immer wieder vorzugaukeln, wir würden in einem sozialistischen Betrieb arbeiten, in dem die Arbeiter die Macht haben; aber wir wissen alle, daß das nicht so ist.Was und wie gearbeitet wird, wie unsere Arbeitsbedingungen aussehen, wird von den Bürokraten geplant und bestimmt. Uns werden alle wichtigen Informationen über das Betreibsgeschehen vorenthalten; deshalb können wir auch kaum etwas wirklich beeinflussen oder gar bestimmen. Das sei zu kompliziert für einfache Arbeiter, dazu brauche man Spezialisten, wird uns gesagt. Wir wollen aber nicht, daß Bürokraten und technische Spezialisten,die unsere Situation überhaupt nicht kennen, über uns bestimmen.
Wir wollen keine Rückkehr zu kapitalistischen Ve rhältnissen, weil wir wissen, wie unsere Arbeitskollegen in anderen Westberliner Betrieben darunter leiden. Unser Ziel ist es , einen Sozialismus aufzubauen, in dem diejenigen über den gesellschaftlichen Reichtum bestimmen, die ihn herstellen, in dem die gesellschaftliche Macht wirklich von den Arbeitern ausgeht und nicht von einer neuen bürokratischen Ausbeuterklasse wie in der DDR. Wir können zur Zeit noch nicht offen als Gruppe auftreten, weil wir sofort rausgeschmissen würden. Die Bonzen und SEW-Mitglieder werden uns als Anarchisten,Wirrköpfe, bürgerliche Agenten oder Chaoten bezeichnen und alles daransetzen, uns zu isolieren, unsere Zeitung zu beschlagnahmen, uns ausfindig zu machen und zu entlassen. Das machen sie, weil sie um ihre Posten, ihre sicheren Kommandostühle fürchten, weil sie Angst haben vor Arbeitern, die ihre Sache selbst in die Hand nehmen. Unsere Zeitung dient dazu, von den Kämpfen der Reichsbahner für ihre Interessen, gegen Bonzen und Bürokraten, zu berichten und diese Kämpfe zu veröffentlichen,damit sie überall bei der DR diskutiert werden können, und unsere Kollegen überall lernen, ihre Situation richtig zu erkennen und sich mit den anderen Betroffenen zusammenzuschließen. Die "GEMEINSAM SIND WIR STARK" soll eine Zeitung für alle Reichsbahner werden, soll das Sprachrohr sein für ihre Forderungen und Ziele. Deshalb braucht "GSWS" die Mitarbeit möglichst vieler Kollegen. Schreibt uns, wenn in Eurem Bereich irgendwelche Schweinereien passieren (ungerechtfertigte Entlassungen, Prämienkürzungen usw.), wenn Ihr Ärger mit Euren Vorgesetzten habt, wenn Ihr Forderungen habt, die von oben unterdrückt werden. Laßt Eure Namen und andere Merkmale weg, die es offensichtlich machen, wer den Brief geschrieben hat. Wir wollen niemanden durch die Veröffentlichung in unserer Zeitung gefährden.

Kontaktadresse: "GSWS" c/o Sozialistisches Zentrum 1 Bln 21, Stephanstr.6o

FLUGBLATT

SCHWIELOWSEE-GRUNDSCHULE im KIZ

Seit bestehen des neuen kinderzentrums in der Monumentenstr. 13a ,wird uns die baldige Einführung des ganztagsbetriebs für unsere kinder versprochen.Bereits vor einigen monatenwandte sich eine klasse an alle eltern u.bat um unterstützung ihrer forderungen nach rascher aufnahme des ganztagsbetriebs.Unterschriften wurden gesammelt u. die zuständigen senatsverwaltungen u. das bezirksamt um stellungnahme gebeten.Trotz mehrwöchiger frist u.nochmaliger nachfrage gibt es bis heute lediglig eine Antwort:

Auf den beschluß der Gesamtelternversammlung,eine veranstaltung mit allen eltern durchzuführen,u.dazu die vertreter des senats,des bezirkes,der presse,des rundfunks u. des fernsehens einzuladen,reagierte der stadtrat Laggies mit einem VERBOT!Trotzdem halten,die nach dem schulverfassungsgesetz gewählten klassenelternvertreter,an inrem entschluß fest,alle eltern in das Kinderzentrum einzuladen.

Was wollen wir erreichen?

-Die sofortige einführung des ganztagsbetriebs!

-Mindestens 46 betreuer für die freizeiteinrichtungen(denn 21 sind zu wenig)!

-Mehr küchenpersonal(denn 3 1/2 küchenangestellte sind für 1ooo kinder zu wenig)!

-Ausreichende Freizeiteinrichtungen für alle kinder im kinderzentrum!

-Bau eines freizeitheimes für die kinder der umgebung!

-Die betreuungskosten dürfen jene im städt. Hort nicht übersteigen!

-Die ferienregelung muß ebenfalls wie im hort geregelt werden!

-Die aussenbeleuchtung vor der schule muß einen sicheren schulweg unserer kinder gewährleisten!

Das verhalten der zuständigen dienststellen des senats u.des bezirkes zeigt, daß sich ohne unser Zutun nichts ändert. Daher ladet die gesamtelternvertretung Sie alle ein,die interessen ihrer kinder zu vertreten u. zur Elternversammlung

am montag 28 april um 18 uhr vor dem kinderzentrum!

Schlauch
ab 20ºº Uhr

Zwiebelkuchen
diverse Suppen
Salate

Pils 0,4 1,5o
Alt 0,4 1,5o
Saurer Paul
verschied. Weine

Rathenower Straße 5 (Ecke Alt-Moabit)
Fahrverbindungen: Bus 9o, 86, 7o, 24, 16 und 16 Nachtbus

1. MAI 75 ?

Über 1.Mai-Feste 1975 in den Stadtteilen oder wo sonst auch immer, ist diesmal nicht allzu viel bekannt geworden. Ganz sicher machen in Moabit - im Otto-Park wie im letzten Jahr - verschiedene Gruppen ein Fest, das wieder vor allem für Kinder und Jugendliche gedacht ist, ganz sicher nicht für die gesamte linke Scene!

Aus Frankfurt erreichte uns die Frohe Mai-Botschaft, daß die Sponti-Linke auf jeden Fall keine Lust hat, sich an irgendwelchen Mai-Demos zu beteiligen. Aber mindestens ein Fest ist stattdessen sicher. Die Stadtteilgruppe Heddernheim wird im Stadtteil ein Kinderfest machen und hat für den Abend in einer Kneipe ein multinationales Essen für ca. 15o-2oo Personen vorbereitet. Es werden Arbeitsemigranten unterschiedlicher Nationalität erwartet, mit denen man auch zusammen im Stadtteil arbeitet. Außer Essen und Trinken gibt es Musik, Filme und wahrscheinlich vieles mehr.

Ratlos vor dem Rathaus ?

Zur 1.Mai-Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus: Auf Grund der negativen Erfahrung mit dem letzten 1.Mai rotiert die Gewerkschaft schon wieder ganz schön. Man sorgt sich, nicht genügend Ordner gegen die diesmal (seit 1968 zum ersten Mal wieder) vereinigte westberliner Linke aufstellen zu können. Die Polizei empfahl tausend Ordner - also müßte jeder Funktionär Ordnerdienste versehen. Um den Rechten den totalen optischen Untergang in dem Meer von roten Fahnen und radikalen Parolen zu ersparen, überlegt sich die Polizei, ob nicht sämtliche Transparente verboten werden sollen (wohl auch die der Gewerkschaften) . Wenn dem so sein sollte , wird man sich erneut an die Erfahrungen während der Fußballweltmeisterschaft in den Chile-Spielen erinnern müßen. Möglicherweise hält die Polizei auch mehrere Kilometer Leukoplast bereit, um gegen Zwischenrufer vorzugehen.

1. MAI 74 !

Bewältigung brachte sogar die heftig belachte Bemerkung hervor, daß,wenn Sickert die Nationalhymne singen lasse, eine Schlägerei wohl unvermeidlich sei. Einzig ein rechter und insgesamt finster dreinblickender ÖTV-Block hatte sich mit den von der Polizei abgerichteten Ordnern umstellt, um rechtzeitig ein 'Einsickern' Unerwünschter zu verhindern. Aber die Abwehr war umsonst, denn niemand machte Anstalten einzusickern.So blieb dieser Block rechts liegen und fiel auch in dem Meer von roten Fahnen mit seinem Schwarz-Rot-Gold nicht weiter auf. Während sich die Demonstranten noch immer auf dem Fehrbelliner Platz stauten, schickte sich Sickert inzwischen an, auf dem bereits gut gefüllten Wittenbergplatz seine Mairede hastig zu verlesen. Vor der Absperrung hatten sich ca. 2oo bis 3oo DGB-Funktionäre versammelt, dahinter die erdrückende Mehrheit der linken Gruppen. Kaum jemand konnte es fassen und so blieb die Situation ungenutzt. Nur wenige Linke drängten in kleinen Gruppen zwischen die DGB-Funktionäre der ersten Reihen und brachten deren festliche Stimmung durch radikale Parolen durcheinander. Da kaum jemand die Situation vorhergesehen hatte, mußte man sich mehr oder weniger handlungsunfähig die Sickert-Schleimerei anhören. Dabei wäre es bei auch nur minimaler Alternativplanung wäre es ein Leichtes gewesen, sich die Sickert-Rede überhaupt zu ersparen. Genug Linke waren bereits zu diesem Zeitpunkt anwesend.

Als Sickert unter Polizeischutz abgerauscht war, kam es noch zu einer kleinen Rangelei in den ersten Reihen, als ein Genosse von einem zutiefst frustrierten Altfunktionär angegriffen wurde. Aber die anderen DGB-Getreuen erkannten rasch ihre aussichtslose Lage und verdrückten sich.

Zwei gutgekleidete Druck-Gewerkschafter, die unverdächtig schienen, linksradikal zu sein, äußerten sich befriedigt über Sickerts Abfuhr und regten an, daß die Gewerkschafter im nächsten Jahr ein von der DGB-Führung unabhängiges Maikomitee bilden sollten, in dem dann auch Vertreter aller linken Gruppierungen eine Mai-Demo und Kundgebung vorbereiten und auch mal Kollegen das Wort haben sollten. Also - bis zum nächsten 1. Mai !

Aus: INFO BUG Nr.9

UNSERE MAI-DEMO 74

Dem DGB gelang der große Bluff und die Linke fiel drauf herein. Seine Mai-Aufrufe wie die der Rathhausparteien erwiesen sich im nachhinein als Aprilscherze. Hatten die linken Gruppen noch vor der DEMO gerätselt wie es ihnen gelingen könnte, in den DGB-Aufmarsch einzusickern oder sich als Block zu behaupten, war am Mai-Morgen eher die Frage, wo man den DGB eigentlich suchen sollte. DGB-Funktionäre fügten sich z.T.

in das Unabänderliche, stellten fest, daß vorn wenigstens etwas ÖTV marschiert und man sich im übrigen ja hinten anhängen könne. Die Angst-

ARMER GENOSSE. ER FAND KEIN ZIMMER IN EINER WG.....

jungarbeiter- und schülerzentren

PUTTE ★ ST. PAUL ★ MAXE

jugendliche aus den drei jungarbeiter- und schülerzentren haben sich überlegt, was sie zum 1.mai machen wollen.
der 1.mai ist der kampftag der arbeiterklasse, an dem die arbeiter gegenüber den kapitalisten und dem bürgerlichen staat ihre forderungen zum ausdruck bringen. da sich die lage der jugendlichen immer mehr verschlechtert, finden wir es richtig, auch mit unseren forderungen zum 1.mai zu gehen.

viele von uns fragen gar nicht mehr: was soll ich werden? in der brd und west-berlin sind 200 000 jugendliche arbeitslos. die konkurrenz um die offenen lehrstellen steigt. es gibt für 520 000 schulabgänger nur 310 000 offene stellen.
entweder man muß einen beruf lernen, den man nicht will oder hilfsarbeiter werden.
deshalb fordern wir

recht auf facharbeiterausbildung freier wahl !

die arbeitslosen schulabgänger, die keine arbeit finden, werden nicht als arbeitslose anerkannt und liegen ihren eltern auf der tasche.
deshalb fordern wir

anerkennung der arbeitslosen jugendlichen als arbeitslose !

60 % des facharbeiterlohnes als unterstützung (600 - 700) !

in unserer freizeit haben wir die "wahl" zwischen teuren diskotheken, kneipen und langweiligen jugendheimen. wenn wir selber unsere freizeit gestalten, haut der staat dazwischen, wie bei der putte und jetzt beim weißbecker-haus.
wir wissen selber was zu tun ist, was uns spaß macht und was unsere interessen sind.
deshalb fordern wir

freie selbstverwaltete jungarbeiter- und schülerzentren und wohnkollektive !

viele jugendliche haben schon den kampf begonnen und angefangen, diese forderungen durchzusetzen. wir sind aber noch zu wenig.

diskutiert die forderungen überall und kommt am 1.mai mit uns demonstrieren

Wir treffen uns

1.mai leopoldplatz 8.00 uhr
und gehen zur ötv-demo
1.mai rathaus kreuzberg 9.00 uhr

WEDDINGER TAGEBUCH

FORTSETZUNG AUS INFO 54

Sötje schickt uns einen Brief,in dem er uns auffordert,bis zum 9.12.73 über die Alternative zu entscheiden.In seinem Schreiben droht er uns,das Haus sofort abreißen zu lassen,sobald der letzte Mieter ausgezogen ist.Die Alternative kam für uns jedoch nicht in Frage, denn in ihr war kein Platz für unsere Wohngemeinschaft und die Räume waren zu klein für eine pädagogisch wertvolle Kinderarbeit.Es kommt noch dazu,daß sich in den Räumen der Alternative der Schwamm befand und dieser geht ja kaum aus den feuchten Wänden.Das Bezirksamt und damit Sötjes SPD-Haufen eskalieren ihre Bemühungen,die Jugendlichen der Putte zu diskriminieren und zu diffamieren.
Am 10.12.73 will Sötje von uns die Entscheidung über die Alternative.Wir können noch keinen Bescheid geben,denn für unsere WG ist immer noch kein Platz da,und wir lassen uns nicht spalten.
Jetzt kommen die ersten Früchte unserer Öffentlichkeitsarbeit.Ständig kamen neue Jugendliche in die Putte um zu hören,wie es um uns steht.
Die Jugendzentren unterstützten unseren Kampf mit Unterschriftensammlungen,Solidaritätsflugblättern und Spenden.Sötje droht uns,das Haus bis Ende des Jahres abreißen zu lassen.Da kommt uns auf einem Plenum die Idee,taktisch anders vorzugehen.Da wir Zeit und Geld brauchen,beschlossen wir,über die Wohngemeinschaft gesondert zu verhandeln.Bei der Diskussion am 20.12.73 mit dem Jugendwohlfahrtsausschuß wurden die zuständigen Sozialarbeiter der Familienführsorge von Sötje ausgeladen,weil sie im Rathaus für uns eine Solidaritätsaktion gestattet hatten.Trotzdem konnte Sötje nicht verhindern,daß die beiden Dienststellenleiter der Familienfürsorge mit einem sachlich begründeten Gutachten voll für die WG eintraten.Man sagte wörtlich:Wenn die BI Putte die WG nicht eingerichtet hätte,hätten wir es tun müssen, womit die FaFü gemeint war.Sötje ging jedoch darauf nicht ein und versuchte als Ablenkungsmanöver nun den Abenteuerspielplatz mies zu machen.Zwischen dem 20.12.73 und dem 2.1.74 ist Weihnachtsfrieden im Wedding,wo wir aber trotzdem weietr über unsere Situation diskutierten und bei Leibe nicht faullenzten.Am 2.1.74 startete das Bezirksamt einen neuen Angriff,diesmal auf unseren Abenteuerspielplatz.Der ASP soll geschlossen werden.Der Bezirksjugendpfleger Kahlschnee machte ungeschickte Versuche,uns den ASP auszureden.Wir durchschauten natürlich seine Taktik gleich, mit der er uns langsam auseinanderpflücken wollte.Am 7.1. wurde die Initiativgruppe Berliner Jugendzentren gegründet,in der der gemeinsame Kampf gegen die Versuche "der oben", jede Eigeninitiative unsererseits zu unterdrücken,besprochen wurde.Wir von der Putte stehen nicht mehr allein da.Man traf sich jede Woche einmal.

olaf Fortsetzung folgt

Vietnam - AG
TRIFFT SICH AM 7.Mai
UM 18°° Uhr (7.Mai 1954: Fall von Dien Bien Phu)
IM SZ

ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN

Revolution im Wald

Am letzten Dienstag sind nun endlich die Sprecherwahlen in Reinickendorf durchgeführt worden. Frühmorgens um 7 Uhr versammelten sich alle Kollegen auf ihren Baustellen. 2 Vertreter des Bezirksamts beriefen die Wahlen der ABM-Kollegen ein. Nach anfänglichem Durcheinander bildeten wir einen Wahlausschuß, der aus einem Vorsitzenden, seinem Vertreter und einem Schreiber, der über die Wahlvorgänge Protokoll geführt hat, bestand. Auf die Frage wer sich zur Wahl stellt, meldeten sich drei Kollegen. Ab dann verlief die ganze Sache recht hektisch und wir müssen an uns selber große Kritik üben. Denn uns ist dadurch die Wahl aus der Hand gerissen worden. Unser größter Fehler jedoch war, das die Kandidaten nicht zum worte kamen und ihre Wahlvorstellungen den anderen Kollegen nicht so recht zukommen ließen und drüber diskutierten. Um diese Sprecherwahlen schnell über die Bühne zu ziehen, schlugen die Vertreter des Gartenbauamts (Bezirksamt) vor, die Abstimmung durchzuführen.
Spätestens jetzt hätten wir diese beiden Herren aus unseren Versammlungsraum rausschmeißen sollen und die Wahl nach unserem Konzept durchzuführen. Dies checkten wir aber nicht und es wurde halt gleich per Hand-hoch-heben gewählt. Bei dem Stellvertreter behaupteten sich die älteren Kollegen, in dem sie sagten daß ein Älterer zum Vertreter gewählt werden müsse. Dies geschah dann auch. Und die Wahl war für für das Bezirksamt erledigt. Zum Feierabend jedoch kamen die Vertreter des Bezirksamts wieder auf die Baustelle und ließen den Spruch loß, daß die Wahl ungültig sei und tags darauf wiederholt werden soll. Dies gab den Kollegen zu denken, denn auch die nicht so fortschrittlichen Kollegen begriffen, wie sie verschaukelt werden. Als Begründung der Neuwahl sagten die Bonzen uns, wir hätten die Wahl nicht demokratisch durchgeführt. Dies war jedoch nur ein Vorwand, um den gewählten Kollegen, der nicht in ihr Konzept passte, abzusetzen. Am Mittwoch bei der Wahlwiederholung zogen wir die ganze Sache anders auf. Der tags zuvor gewählte Kollege übermittelte seinen Kollegen seine Vorstellungen, die er durchsetzen will. Die anderen zur Wahl gestellten Kollegen hatten dem nichts zuzusetzen. Auf Antrag eines Kollegen wurde danach die Wahl geheim durchgeführt. Bei der Wahl behauptete sich der am Vortag gewählte Kollege. Von 32 Stimmen bekam er 26, vier enthielten sich. Man konnte es den Vertretern des Bezirksamts ansehen, daß ihnen dieses Ergebnis absolut nicht passte. Als Stellvertreter wurde auch ein fortschrittlicher Kollege mit großer Mehrheit gewählt. in der nächsten Woche sollen dann von den Sprechern der Baustellen die Bezirkssprecher gewählt werden.
Der Kampf geht weiter und wir werden siegen.

Revolution im Wald ?

Weil im letzten Info zu einer "Vollversammlung" der ABM-(Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) Arbeiter im Max und Moritz aufgerufen wurde, bin ich als im Kreuzberger Gartenbauamt tätiger ABM-Arbeiter hingegangen. Dageblieben bin ich dann nur, weil ich hoffte, unter den anwesenden 6 - 1o ABM-Kollegen Spontigenossen kennenzulernen. Die restlichen 2o - 3o Leute waren nämlich von den KPD-Arbeitslosenkommitees oder aus der KPD.
Mir scheint, daß die KPD mal wieder dabei ist ihren Führungsanspruch durchzusetzen, obwohl nur 2 ihrer Leute ABM-Arbeiter sind (bei ca. 2ooo ABM'ern). Das kommt z. B. zum Ausdruck in Forderungen, daß einer ihrer Arbeitslosenkomiteeleute in einem zu schaffenden ABM-Arbeiterrat Sitz und Stimme haben soll. Neueste Idee der KPD ist, die undogmatischen ABM-Kollegen in einem neu zu gründenden ABM-Kommitee (ähnlich wie die Arbeitslosenkommitees) für ihre Politik einzuspannen.
Ein wichtiges Problem ist wohl, daß wir nicht vergleichbare Druckmittel in der Hand haben, wie Kollegen in produzierenden Betrieben. Dort fällt die Produktion bei einem Streik aus, wodurch der Unternehmer einen direkten Verlust hat, während bei uns nur die Grünanlagen dreckiger werden und Senat und Arbeitsamt, die 1o % bzw. 9o % unseres Lohns bezahlen, für die Streikzeit noch den Lohn sparen.
Ansonsten, von "Revolution" ist zumindest in meinem Revier in Kreuzberg nicht viel zu spüren. Die Kollegen sind zwar fast alle unzufrieden über die Bezahlung, da aber der Revierleiter und sogar teilweise die Bonzen vom Gartenbauamt relativ liberal sind, uns zumindest mal warnen vor Arbeitsamtskontrolleuren, halten sich die Motzereien im Rahmen.
Wir werden siegen ... So sicher wie der Kollege (s.o.) bin ich mir dessen allerdings nicht.

BERUFSVERBOTE

Vertrauen ist gut-Überprüfen aber besser

**Das Thema war bereits etwas angegraut glänzt jetzt aber wieder. Die staatliche Bürokratie schneidert und fädelt gegenwärtig stärker am passenden freiheitlich-demokratischen Kostüm.Ihr letzter tapferer Streich war der Rundschlag an 94 wissenschaftliche Dozenten,welche einen Wahlaufruf der KPD,des KBW und der SEW unterschrieben hatten.
Im Schlepptau davon laufen zahlreiche Untersuchungen von Dozenten an der Uni,deren Verträge erst wieder verlängert werden sollen wenn gemäß eines Rundschreibens vom Innensenator jeder auf die GO hin abgeklopft wurde.
Mehr oder weniger lautlos war die Jagd auf Lehramtskandidaten und andere Bewerber für den öffentlichen Dienst,bei welchen nicht spektakuläre Kampagnen,Erhebungen, Aktionen auferstanden,sondern rechtsstaatlich zugedeckt wurde und versandete auf Grund mangelnder Information und Koordinierung der BEtroffenen.**

Bestimmte Fehler scheinen dabei symptomatisch immer in den Verfahren aufzutauchen.
Um genau hier nicht bei den individuellen Fällen dem staatlichen Verfolgungswahn relativ hilflos in die geöffneten Arme zu fallen,wäre es nötig, einige Prozess-und Verfahrensmomente nicht nur aus der reinen Defensive heraus aufzunehmen,um so etwas wie eine Anleitung zum Handeln herzustellen.(Unbeachtlich dessen wie regenbogenrot der 1.Mai mit den einzelnen Forderungen zur Zerschlagung des Systems und den Unvereinbarkeitsbeschlüssen schillert.)
Wir sind eine Gruppe von Juristen am FB9 und stöbern seit einiger iger Zeit in den jjuristischen Annalen der Berufsverbote umher. Um unsere mehr oder weniger reine Theorie nicht nur für uns zu behalten,sondern daraus praktische Anleitungen zu gewinnen,dachten wir daran, bestehendes Material von Prozessen,bereits ergangenen oder zu erwartenden Urteilen,Berichte über Verhöre, Einstellungsgespräche oder Ablehnungen der einzelnen Bewerber durchzusichten,um daran bestimmte Merkmale der Vorgehensweise von Behörden und Gerichten auszuwerten, hinsichtlich einer Ausschöpfung rechtlicher und tatsächlicher Möglichkeitenbei derartigen Akupunktur-Methoden.
Hört Euch mal umbzw. schreibt, schickt oder karrt sonstwie die ganzen Berichte oder Schriftstücke an uns ran.

Adresse:E.Wähner,1-21,Stehanstr.5
396446R

WHYL UND WIR

Die Veranstaltung am Mittwoch hat uns erneut vor Probleme gestellt, die wir dringend diskutieren müssen. Vom Organisatorischen her ist es zwar gerade noch gut gegangen, unsere ganze Problematik hat sich aber darin offenbart, daß von seiten der Arbeitsgruppe, die sich in mehreren Terminen mit dem Versuch befaßt hatte, den Aufstand am Kaiserstuhl wenigstens in Thesen politisch in den Griff zu kriegen, kein Beitrag mehr kam, da nach dem Lichtbildhappening jedes Interesse der Zuhörer fehlte. Diesen Interessenmangel zu hinterfragen und sich über seine Ursachen klar zu werden, ist umso wichtiger, als dies bei uns inzwischen zur Methode geworden ist. Man denke nur an die gegen die Polizeieinsätze gerichtete Veranstaltung der Jugendzentren, wo die fehlende politische Kommunikationsmöglichkeit in sehr handfester Form Ausdruck fand.
Es gehört zu unserer Tradition, daß wir uns bei der Einschätzung politischer Erfahrungen und Bewegungen das Denken sehr viel schwerer macht als andere. Das darf aber nicht dazu führen, daß wir von vornherein vor unserem eigenen Anspruch kapitulieren und die Sprachlosigkeit zum Prinzip erheben. Dies umso weniger dann, wenn wir es mit gesellschaftlichen Vorgängen zu tun haben, die im stärkeren Maße mit dem zu tun haben, was wir in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen erhoffen.

Im Grunde geht es darum, daß Kapitalisten und Staatsbürokratie an einem Fleck in der BRD die Interessen der dort ansässigen Bevölkerung in den Wind schlagen. Dies ist eigentlich überhaupt nichts besonderes. Wer kennt das nicht? Geht es hier um ein Atomkraftwerk, dreht es sich anderswo darum, die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel drastisch zu erhöhen, durch einen Sanierungsplan den Leuten die Wohnungen über den Kopf wegzureißen oder sind von einem auf den anderen Tag im Rahmen von Massenentlassungen "freizusetzen". Oftmals haben wir uns den Kopf zerbrochen, wieso das alles glatt über die Bühne geht, wie es möglich ist, daß sich die Betroffenen nicht wehren. Diesesmal haben sie es gewagt und dabei mit einemmal eine Reihe liebgewordener Vorstellungen bei den Herrschenden aber auch bei den Linken über den Haufen geschmissen.

Seit im Sommer 1973 die Sache mit dem Atomkraftwerk bekannt wurde, haben sich eine kleine Anzahl Kaiserstühler Bürger zusammengesetzt, um dem Badenwerk seine Atomenergiesuppe zu versalzen. In geduldiger und zäher Mobilisierungs- und Aufklärungsarbeit gelang es ihnen das Interesse der Betroffenen soweit zu radikalisieren, daß im Sommer 1974 die ersten größeren Demonstrationen stattfinden konnten. Die Forderungen an die Landesregierung lauteten nach
- -sofortigen und rechtsverbindlichen Verhandlungen zwischen der BRD und Frankreich über die Entnahme von Kühlwasser aus dem Rhein.
- -rechtzeitiger Aufklärung über die Entnahme von Grundwasser durch das KKW und der Folgeindustrie, sowie über die Senkung des für uns lebenswichtigen Grundwasserspiegels und die damit verbundenen Folgen für die Landwirtschaft.
- -wahre Auskunft über entscheidende klimasche Beeinträchtigungen in den Monaten August, September, Oktober durch den in dieser Zeit unumgänglichen Kühlturmbetrieb.
- -wir verurteilen und verachten falschverstandene kollegiale Stillhaltebereitschaft verantwortlicher Einzelpersonen, schweigender Verbände und stummer Regierungsstellen.

Die als mangelhafte empfundene Reaktion der Behörden bewegte die inzwischen existierende Bürgerinitiative, eine Lücke im Atomgesetz auszuschöpfen, die beim Bau eines Atomkraftwerks jedem die Möglihckeit gibt, einen Einspruch einzulegen, der dann auf einer öffentlichen Versammlung erörtert werden muß. 90.000 Unterschriften und die Einsprüche von 300 Einzelpersonen konnte die Atomenergiekapitalisten und ihre Handlanger in den staatlichen Planungsbehörden (in diesem Fall Aufsichtsratsvorsitzender und Stellvertreter des beteiligten Unternehmens) nicht davon abhalten, aus dem öffentlichen Termin ein Demokratietheater zu veranstalten, in dessen

Rahmen die verschiedenen Rollen bereits vorher geschrieben waren, also der Verlauf des Endes bereits am Anfang fest stand. Die vorgebrachten Bedenken, daß

- -die technische Planung des KKW völlig unzureichend, das Risiko eines Unfalls viel zu groß und die Auswirkungen auf Wein, Ackerbau und Fischerei nicht abzusehen seien
- -die gekauften Gutachten ein völlig falsches, schön färberisches Bild von den Auswirkungen z.B. auf das Klima geben, und
- -die Genehmigungsbehörde befangen ist, insofern, als ihre Minister im Aufsichtsrat der Antragstellerin - dem Badenwerk - sitzen

wurden nicht ernsthaft widerlegt. Im Gegenteil, die Diskussion wurde an allen Ecken manipuliert, das Bedürfnis nach anhaltender Information und Auseinandersetzung über die Reaktorgefahr abgewürgt. Der fehlgeschlagene Anhörungsveranstaltung führte zu weiteren Mobilisierungen. Ein bedeutender und weitertreibender Faktor war das Vorhaben eines deutschen Unternehmens, den in München wegen umweltschädlichkeit untersagten Betrieb eines Bleichemiewerkes in Marckolsheim im Elsaß wieder aufzunehmen. Die Elsässer fackelten nicht lange und drohten sofort mit der Besetzung des Bleigeländes. 21 Bürgerinitiativen aus Baden und dem Elsaß trafen sich und erklärten im August 1974 daß sie die vorgesehenen Bauplätze bei Baubeginn besetzen würden, weil sie wüßten,

- -daß das geplante KKW in Wyhl sein Atommüll und seine künftige Ruine unser Land und unser Leben gefährten, daß die Produktion auf der Basis von Blei eine große Gefahr für Mensch, Tier und Pflanzen darstellt,
- -daß nicht einmal die gegenwärtigen Umweltschutzgesetze eingehalten werden, daß diese fahrlässigen Pläne nicht uns, sondern der Atomindustrie nutzen,

weil sie gelernt hätten,

- -daß die Regierung in dieser Sache nicht neutral ist, daß die Regierung neutrale Wissenschaftler abwertet, Bürgerinitiativen bekämpft und die Bevölkerung täuscht.

Es blieb nicht bei der Drohung; im September 1974 besetzen badische und elsässiche Bauern das Baugelände, verhinderten zunächst den Baubeginn und zwangen durch die Fortsetzung ihrer Mobilisierung bis Februar 1975 die franz. Behörden dazu, die Genehmigung für die Chemiewerke München zurückzuziehen. Auf diesem Wege wurde Marckolsheim zum unmittelbaren Beispiel für Wyhl. Die Kaiserstühler Bürgerinitiativen unterstützen aktiv und direkt die Aktionen der Elsässer, trugen somit zu ihrem Erfolg bei und blieben gleichzeitig im Rahmen ihrer eigenen Kampagne "KKW"-nein in der Offensive. Zwar entschied sich der Landtag in Stuttgart noch im Dezember 1974 für das KKW-Projekt; zwar ging der nach langen Auseinandersetzungen gegen die örtlichen"Machthaber" durchgesetzte Bürgerentscheid mit 55 % ja gegen 44 % nein-Stimmen für die Kaiserstühler nach einem nichtmehr zu überbietenten Einsatz aller verfügbaren Medien für das KKW-Projekt verloren, man begriff aber im Rahmen dieser Eskalation, daß es eine Manipulation war, nur in Wyhl abstimmen zu lassen, daß ca. 800 Wyhler Ja-Stimmen gegen "100.000" Kaiserstühler Nein-Stimmen standen. So konnten diese Vorgänge und eine örtliche Wyhler Initiative KKW-ja die Aktion der Betroffenen nicht mehr beeinflussen. Nachdem die Landesregierung in Stuttgart, noch bevor die Entscheidung des Freiburger Verwaltungsgerichts über die aufschiebende Wirkung der Einsprücher gefällt war, sich entschieden hatte, mit dem Bau zu beginnen, wurde auch hier von den mutigsten das Baugelände besetzt. Was dann folgte, kennen wir alle. Die Bullen griffen ein, versuchten mit und ohne Gummipknüppel zu räumen, gingen gegen Frauen und Kinder vor, setzten Wasserwerfer gegen ausdrücklich gewaltlos agierende Demonstranten ein. Die Staatsanwaltschaft manipulierte, nahm nur eine bestimmte Sorte Beteiligter in Haft, die Landesregierung diffamierte. Aber den Bewohnern wurde gerade hier deutlich: Diffamierung durch die Herrschenden und tatsächliche Praxis der Betroffenen gingen soweit auseinander, daß der Widerstand nicht zusammenbrach, sondern die

Empörung weiter wuchs.
Tausende erschienen nun bei einer Kundgebung vor Ort, rechneten in Reden mit der Landesregierung ab, machten einen"Spaziergang" um das bürgerkriegsmäßig abgesperrte Gelände und gingen erneut zur Besetzung über. Aber es kam nicht zur Schlacht. Angesichts der unverfälschten führerlosen Massenradikalität verloren die zusammengezogenen Polizeikräfte ihre Legitimation und Sicherheit deren die Beamten bedürfen, wenn sie Gewalt anwenden sollen, und zogen sich vom Platz zurück. Nachdem kurz danach das Verwaltungsgericht den sofortigen Baubeginn versagte, waren die KKW-Planer vollends in die Defensive geraten. Diese Entwicklung bestärkte die Besetzer darin, ihre Aktionen nicht auf Wyhl zu begrenzen, sondern das gesamte Gebiet in den Oberrhein auf umweltfeindliche Projekte hin zu überprüfen und in der Offensive zu bleiben. So wurde als nächstes ein Gelände bei Kaiseraugst in der Schweiz besetzt, um auch dort profitwütige Umweltzerstörer an der Durchführung ihrer Vorhaben zu hindern. Einstweilige Erfolge:
Während die franz. Regierung bereits im Februar unter dem Druck der Aktionen die Genehmigung für die Errichtung des Bleichemiewerkes zurückgezogen hatte, ist in Wyhl der Ausgang noch offen. Zunächst hat die Regierung Beschwerde gegen das Freiburger Urteil eingelegt und muß nun die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes in Mannheim abwarten. Bis dahin ist zum Stillhalten verpflichtet.

Wenn das erste Urteil aufgehoben wird, hat sie wieder freie Hand, um die Repression neu zu organisieren. Im Augenblick wird die Besetzung regelmäßig nach Plan von den verschiedenen Bürgerinitiativen fortgesetzt. Im übrigen ist der Funke von Wyhl bereits nach Bayer (Schweinfurt) übergesprungen. Dort haben KKW-Gegner in einer von 10.000 getragenen Demonstration ähnliche Maßnahmen für den Fall angekündigt, daß die Planungen nicht abgebrochen werden.

Thesen zur Einschätzung der Anti-KKW-Bewegung:

Die Anti-Atomenergie-Kampagnen eignen sich in jeder Hinsicht die liebgewordenen Klischees und die dazu gehörenden Phrasen zu zerstören. Dies gilt nicht nur für die verschiedenen Versuche maoistischer Gruppen, dort zu intervenieren, sondern auch in besonder Maße für uns selbst. Auf der Ebene der Erscheinung scheinen uns diese Massenmobiliesierungen oftmals gerade recht, um uns zu bestätigen. Da gibt es keine Parteien, keine Führungsanprüche, die Beteiligten radikalisieren sich an ihren Interessen und nehmen "spontan" mit viel Phantasie den Kampf gegen die Herrschenden auf. Viele Spontis schlagen sich an die Brust. Was man oft nur aus Büchern über die soziale Revolution in Italien, Frankreich etc. liest, hier scheint es sich nun auch in Deutschland zu realisieren. Und tatsächlich gibt es bemerkenswerte Vorgänge im Verlauf der Bewegung. Menschen, die bisher in Gott und dem Landesvater ihre unantastbaren Autoritäten sahen, beginnen plötzlich zu zweifeln, haben plötzlich allen Respekt verloren, bemerken und verurteilen eine "kollegiale Stillhaltebereitschaft" .... schweigender Verbände und stummer Regierungsstellen" also ihrer eigentlichen Interessenvertreter. Sie stützen sich auf Ansprüche und Verfahren, die ihnen ein bürgerliches Gesetz zugesteht, lernen aber sehr schnell, daß Gesetz und Regierung in dieser Sache nicht neutral sind, daß der Staat Bürgerinitiativen bekämpft und die Bevölkerung täuscht. Sie sind sehr schnell bereit, aus ihrer eigenen unmittelbaren Erfahrung Konsequenzen zu ziehen, und ihre Interessen in die eigenen Hände zu nehmen. Und das alles ohne eine Tradition, die ein radikales Austragen von Kämpfen mit den jeweils Herrschenden vermuten lassen könnte. Auch die Form und Folgen dieser Radikalisierung sind kaum nachzuvollziehen. Noch weniger von irgendjemand vorwegzunehmen. Wo vorher Winzer ihre Weinberge und Landwirte ihre Felder individuell bearbeiten, die vereinzelte Reproduktion der Familien geradezu zum Lebensprinzip gehört, dort entwickelt sich mit einem Mal der Geist einer Kollektivität, die die gleichen Menschen noch kurz vorher für die Ausgeburt einer sozialistischen Teufelei gehalten und verworfen hätten. Plötzlich merkten sie, daß alle in einem Boot sitzen, bilden Ketten, demonstrieren, lassen sich durch nichts spalten, und sind bereit stundenlang pol. Diskussionen zu führen oder einfach zuzuhören, um aufmerksam zu verfolgen, wie ihr Interesse behandelt wird. Hätte ihnen ein linker "Messias" am Anfang der Kampagne gesagt, ihr müßt das und jenes tun, um euch durchzusetzen, so hätte man ihn ausgelacht. Nun sind die Bauern, Winzer und Handwerker Schritt für Schritt in die Dynamik der Konfrontation hineingezogen worden, die ihnen jede weitere Radikalisierung nicht als etwas abschreckendes, sondern als Konsequenz aus ihren eigenen Erfahrungen notwendig erscheinen ließ. So war es fast selbstverständlich, daß das Baugelände besetzt werden mußte. Es war ganz natürlich, daß das besetzte Terrain in ein Kommunikationszentrum verwandelt wurde, es herrscht radikale Demokratie; jeder der bereit ist, sich den Mehrheitsbeschlüssen der Versammlungen zu unterwerfen, ist willkommen. Führungsansprüche werden zurückgewiesen, eine Agitation, die dagegen verstößt, wird untersagt, die Beteiligten vom Platz geschickt. (z.B. die KPD). Nichts besonderes scheint es auch, daß Frauen beginnen, sich über die besonderen Bedingungen ihrer Teilnahme an den Aktionen bewußt zu werden. Einerseits aktiver und mutiger Einsatz bei der Organisation von Besetzungen, andererseits eben doch nur untergeordnete Funktionen, wenn es darum geht, politische Kontroversen auszutragen, oder die Initiativen politisch zu repräsentieren. Die Folge: es werden Frauenversammlungen organisiert, in dem unter großer Beteiligung die Frauen versuchen, sich ihrer widersprüchlichen Situation bewußt zu werden. Alles in allem scheint es so, als seien die Verhältnisse am Kaiserstuhl ins Tanzen geraten. Welche Erfahrungen sie später einmal nach Abbruch der Aktion zu einem neuen gesellschaftlichen Bewußtsein und damit zu einer neuen Praxis verfestigt, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Natürlich haben sich die ökonomischen Bedingungen am Kaiserstuhl nicht verändert. Mit dem absehbaren Abbruch der Mobilisierungen muß natürlich jede Familie wieder vereinzeln, für die Existenz der Familie sorgen. Insofern ist auf Dauer ein Zustand wie im Augenblick nicht aufrecht zu erhalten. Trotzdem sind die Leute näher zusammen gerückt. Man hat sich in einer wichtigen Sache zusammengetan und sich gewehrt. Man hat auf der gleichen Seite einer Barrikade gestanden. Diese Erfahrung wirkt lange nach und kann zu Beginn einer neuen Tradition sozialer Bewegungen in diesem Land werden. (wird fortgesetzt).

UNTERSCHLÄGT DER K J V GELD DER JUGENDZENTREN?

Im Verlauf der Aktivitäten gegen die Zerstörung der Polizei in den Jugendzentren und Wohnkollektiven führte der KJV Sammlungen für die Beseitigung der Zerstörungen durch. Insgesamt wurden DM 900,- gesammelt, von denen die Jugendzentren allerdings bis zum heutigen Tag keinen Pfennig gesehen haben. Wir fordern den KJV auf, die bisher versäumte Übergabe schnellstens nachzuholen.

TERMINE

dienstag:
-Arbeitskreis Neue Erzieh.: Schulelternkreis Kreuzberg, um 2oh, Adalberstr. 2 (Sadtbücherei)

mittwoch:

20.00 MITTWOCHSPLENUM im SZ !!

hier wird der Termin des Fußballturniers am 1. Mai endgültig aus- und bekanntgemacht!

VIETNAM - AG trifft sich am um 18.00 im SZ

samstag:

- AG Sex./Zweierbez. (siehe INFO n.49): trifft sich um 19 uhr. Yorckstr. 43 (ecke bülowstr.), fabrikgebäude, II st.

Theoriegruppe trifft sich bei Antje um 14.30 Thema: Organisierte Auflösung

sonntag:

WG - INITIATIVE zur Bildung von Wohngruppen trifft sich um 20.00 Ort: Nollendorfstr. 15 (laden)

montag:

Vorstandssitzung der Abteilung Sozialarbeit in der ÖTV.
Tagesordnungspunkte:
1. 40 Std.-Woche
2. neue Vertrauensleute-Richtlinien
3. Ausschlußverfahren (!!!)
   Die Gewerkschafts - Ausschlüsse häufen sich!!

Gäste, d.h. einfache ÖTV-Mitglieder von der Basis sollen massenhaft erscheinen!
Ort: ÖTV-Haus, Joachimsthalerstr. 20

!! LETZTE MELDUNG !!

Am Sonntagabend waren die Bullen im SZ. Sie widmeten sich intensiv der INFO-Redaktion, weil sie etwas an den INFO-Nummern 49 und 52 auszusetzen haben.

Am Sonntagabend wurden ein paar KB- Genossen für 2 Std. festgenommen, weil sie mit einer Plastiktüte voller 1.Mai- Flugblättern über eine Straße gelaufen sind. Vorwurf: Plakatkleben.

INFO-BUG: 1-21 Stephanstr.6o
tel.: 3 95 8o 83
Redaktionssitzung : Sonntags ab 19.oo
Zusammenlegen : Montags 17.oo
(Laß dich mal sehen!)

ABO : 1o Nummern
W.-Bln. 1oDM
BRD 11DM
Postscheckk.
K.O.Porip
119o 34-1o1

Mittwochs: Plenum 20.00 im SZ

V.i.S.d.P.: Karl Michael Markunin

Die Bullen scheinen alle sonstigen Info-Mitarbeiter verschreckt zu haben — diese Nummer wurde von einer 2-3 Mann-Redaktion erstellt!

ANZEIGEN TIPS

MEHR SOLIDARITÄT in denKLEINANZEIGEN !

Jeder sollte sich mal fragen was für eine Einstellung er zu Kleinanzeigen hat:
-Sind kl.anzeigen nur da wenn man selber was sucht u. in dem falle eine klanzeige reinsetzt u. die vorhandenen anzeigen liest oder setzt man auch dann klanzeigen (bzw. Tips) rein wenn man glaubt daß anderen leute n diese information weiterhelfen kann (z.b. laden, wohnung die zu vermieten sind, job der zu vergeben ist, billige einkaufsquellen...) also infos, die einem selber direkt vielleicht nichts bringen, dafür aber für andere, wichtig sind. Genauso beim klanzeigen lesen: Ich hab mich da schon öfters dabei ertappt mir nicht die mühe zu geben jemandem weiter zuhelfen, auch wenn ich die möglichkeit dazu hatte. Also leute! Kommt mal aus der "Nur Nehmen" rolle, raus. Heute helft ihr jemandem mit nem heißen tip u. morgen seit ihr es, die auf die informationen von jemand anderem angewiesen seit.

MEHR SOLIDARITÄT im KLEINEN (anzeigen)!

Tips

- Suche dringend billige 1-Zimmerwohnung möglichst ohne Abstand Ali 614 30 02
- Wir suchen über Pfingsten MFG nach WHYL Karte ans INFO
- Kreuzberger WG (2 Studenten, 2 Arbeiter; 3 Typen, 1 Frau) sucht undogmatische Genossin. Berufstätigkeit, auch Studium wäre nicht schlecht. Tel. 614 90 48
- Redaktion GRASWURZELREVOLUTION sucht Mitarbeiter, die den gewaltfreien Libertärsozialismus vorantreiben wollen. Kontakt: W.Hertle 1-62, Gesslerstr.2
- Laden zu vermieten in der Eisenbahnstr. 12 Tel. 8832871/ 8833246
- Sonderprojekt NKK braucht dringend billige Abzugsmaschine Tel. 6149048 o. 2512828
- Verkaufe verbilligten Flug nach Stuttgart für DM 65.- gültig bis 13.Mai Gudrun Tel. 2167801
- Sozialpädagogin schreibt Diplomarbeit über Kindererziehung in der WG und sucht dringend interessierte WG's zwecks Erfahrungsaustausch. Tel. 6214752 Renate
- Im neuen KURSBUCH 39 ist u.a. ein sehr dufter Beitrag über WHYL - sehr lesenswert!
- 2 Kinderfahrräder gesucht! (für 8 und 11 Jahre alte Mädchen) Tel. 8854955

INHALT

Prisma S.2-3
So nicht/Verhaftung/Geld.. S. 4
Portugal ..... S. 5
Strahlenschutzgesetz ..... S. 6
Aus der Uni ..... S. 7
Aufruf/Schwarzmarkt HH ... S. 8
"GSWS"-Zeitung/Flugblatt . S. 9
1.Mai S.10
Jungarbeiter zum 1.Mai ... S.11
Weddinger Tagebuch S.11
Revolution im Wald S.12
Berufsverbote S.12
WHYL und wir S.13-15